

Hilft Nürnberg bald der syrischen Stadt Afrin?

OB Maly warnt davor, dass die Frankenmetropole sich überschätzt — Verwaltung will dennoch neu nachdenken

VON SABINE STOLL

Eine Partnerschaft mit Afrin in Syrien wird es mit der Stadt Nürnberg vorerst nicht geben. Doch der Stadtrat hat das Anliegen der Linken Liste, sich mit der vorwiegend von Kurden bewohnten Stadt anzufreunden, trotzdem nicht gleich abgeschmettert.

Afrin sei durch die Türkei in einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg attackiert worden, bei dem deutsche Panzer und Waffen zum Einsatz gekommen seien, schrieb Linke-Liste-Stadträtin Marion Padua in einem Antrag. „Dies steht ganz klar im Widerspruch zu den Nürnberger Prinzipien als Stadt des Friedens und der Menschenrechte.“

Die Linke Liste hielt es deshalb für ein wichtiges Zeichen von Völkerverständigung, zu der überwiegend von Kurden bewohnten Stadt zumindest freundschaftliche Beziehungen aufzubauen. Padua wies darauf hin, dass sich in der circa 10 000 Menschen zählenden kurdischen Community in Nürnberg immer mehr Menschen aus Syrien und direkt aus Afrin befänden (*wir berichteten*).

OB Ulrich Maly äußerte Verständnis für das Anliegen der Linken Liste. „Ich empfinde Sympathie dafür“, sagte er im Ältestenrat des Stadtrats. Im selben Atemzug führte er aber Bedenken an. Wenn sich die Stadt irgendwo

engagiere, dürfe das nicht nur ein Zeichen sein, es müsse auch gelingen, Kontakt mit den Menschen aufzubauen. Doch die Stadt Nürnberg müsse sich auch ihrer Grenzen bewusst sein. „Wir dürfen uns nicht überschätzen, dort in irgendeiner Form friedensstiftend tätig sein zu können.“ Maly wollte jedoch auch nicht ausschließen, dass sich die Stadt irgendwann in Afrin engagiert, wenn die Lage dort wieder übersichtlicher geworden ist.



Marion Padua, Stadträtin der Linken Liste.
Foto: Franke

SPD- und CSU-Fraktion argumentierten ähnlich. Anfangs habe sie die Idee gar nicht so schlecht gefunden, sagte Gabriele Penzkofer-Röhl (SPD). Aber es mache keinen Sinn, nur ein Zeichen zu setzen und eine Freundschaft zu postulieren. „Es bleibt hohl, wenn man es nicht mit Inhalt füllt.“

Die Stadt habe schon eine ganze Reihe von Problemen mit ihren Partnerstädten, insbesondere mit Antalya, sagte Max Höffkes (CSU). Er erinnerte außerdem daran, dass Nürnberg eventuell mit zwei Städten in Afrika Verbindungen eingehen will. Mehr könne Nürnberg nicht mehr leisten, fuhr er fort.

Grünen-Fraktionschef Achim Mletzko sah das etwas anders. Er schlug vor, einen Beschluss zu fassen, in der die Stadt ihre Solidarität mit der Zivilgesellschaft in Afrin bekundet. Und die solle sich dadurch ausdrücken, „dass wir die helfenden Verbände in Afrin unterstützen. Das geht

über das Symbolhafte hinaus.“ Auch FDP-Stadträtin Christiane Alberternst äußerte ihre Sympathie für den Antrag der Linken Liste. Schon deshalb, weil die syrische Stadt dadurch Aufmerksamkeit bekomme.

Am Ende wurde die Abstimmung über Paduas Antrag vertagt. „Wir machen uns noch mal Gedanken“, sagte Maly. Darüber, wie die Stadt Afrin helfen könnte. Dem OB schwebt

Materielles vor, eine reine Symbolhandlung will er nicht.

Die Verwaltung will nun mit dem Außenministerium, der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, die Städte bei Entwicklungspolitik unterstützt, und mit der kurdischen Community Kontakt aufnehmen. Im Herbst soll dem Stadtrat ein Vorschlag präsentiert werden.

(Siehe StandPunkt)

Weniger ist mehr

Partnerschaft mit Afrin wäre ein paar Nummern zu groß

VON SABINE STOLL

Die Linke Liste ist es eigentlich gewohnt, dass die Anträge, die sie im Stadtrat stellt, regelmäßig abgeschmettert wer-

den. Und wer den Bündnispartnern von CSU und SPD zuhörte, die wenig überraschend ganz auf der Linie des Oberbürgermeisters waren, durfte davon ausgehen, dass es dieses Mal nicht anders kommen würde. Umso bemerkenswerter ist es, dass die Stadtverwaltung beim Thema Afrin noch einmal in sich gehen will. Was sicher

damit zusammenhängt, dass auch Grüne und FDP Gefallen fanden an der Idee von Stadträtin Marion Padua, die sich seit langem für die Belange von Kurden engagiert.

Sich mit Menschen, denen grobes Unrecht widerfährt, solidarisch zu erklären, ist ein Einfaches, hilft den Betroffenen aber oft nur wenig und bleibt schlimmstenfalls nicht mehr

als ein Lippenbekenntnis. Insofern ist es schön, dass die Stadt noch einmal prüfen will, ob sie nicht ganz pragmatisch und kon-

cret helfen kann.

Aber eine hochoffizielle Partnerschaft oder wie auch immer geartete freundschaftliche Beziehung im offiziellen Gewand mit einer zerstörten Stadt wäre ein paar Nummern zu groß für Nürnberg. Da muss man

dann doch der Argumentation von SPD und CSU folgen. Denn Nürnberg pflegt

jetzt schon zu 20 Städten partnerschaftliche oder freundschaftliche Beziehungen und hat Mühe, diese mit Leben zu füllen. Genannt seien nur Charkiw, Antalya oder San Carlos. Außerdem muss man es ernst nehmen, wenn der zuständige Amtschef klagt, dass sein Amt längst am Anschlag ist. Manchmal ist weniger eben doch mehr.

DER STANDPUNKT